

Gesetzesvorlage soll alle Schulen zu Umweltbewusstsein verpflichten

---

Ausschuss des Jugendparlaments beschäftigt sich mit Änderung des Schulunterrichtsgesetzes

Wien (PK) – Mit einer Änderung im Schulunterrichtsgesetz will die Regierung alle Schulen zu Umweltbewusstsein verpflichten. Anhaltende Umweltverschmutzungen und Klimawandel stellen unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen, wird in den Erläuterungen zur "Umweltbewussten Schule" ausgeführt. Der Schule komme hier nicht nur in der Wissensvermittlung, sondern auch durch gelebte Praxis die zentrale Aufgabe zu, Schülerinnen und Schüler zu umweltbewussten Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen.

Es soll demnach an jeder Schule ein konkretes Maßnahmenprogramm zur Abfallvermeidung, Mülltrennung und für den bewussten Umgang mit Ressourcen entstehen. Außerdem sollen Einwegbehälter und Verpackungen aus Kunststoff oder Metall an allen Schulen verboten werden, hier können auch Sanktionen festgelegt werden.

In der ersten Ausschusssitzung des Jugendparlaments wurde der Vorstoß der Regierung, das Umweltbewusstsein in der Schule zu fördern, zwar grundsätzlich für positiv bewertet, die Abgeordneten hatten aber zur Regierungsvorlage einige Änderungsvorschläge.

Der Gelbe Klub machte beispielsweise den Vorschlag, alte Schulgebäude zu sanieren und Heizungssysteme zu verbessern. Die Violetten äußerten sich dazu kritisch, die Sanierungsarbeiten könnten lange dauern. Außerdem meinten sie, dass Eltern schon ab der Volksschule mehr in das Thema Umweltbewusstsein in der Schule einbezogen werden sollten.

Gelb will auch Alternativen für Verpackungsmaterialien im Gesetz anführen. Um eine Differenzierung der Verpackungen geht es dem Violetten Klub, Einwegbehälter wären okay, alle Verpackungen zu verbieten wäre schwierig. Die Abgeordneten des Orangen Klubs schlugen etwa vor, Alternativen wie Pappe und Papier ins Gesetz zu schreiben.

Die Weißen würden wiederum Abfallvermeidung detaillierter formulieren und hinsichtlich Verpackungen Ausnahmen für gewisse Bereiche in der Schule vorsehen.

Einig waren sich alle Klubs, dass Sanktionen nicht einzeln, sondern für alle gemeinsam festgelegt werden sollten. (Schluss) sk/ds/mbu